

Frau Leitterstorf äußerte seitens der CDU-Fraktion keine Bedenken, der Vorlage zuzustimmen. Tatsächlich sind es nur 12.000 EUR die fehlen, weil jetzt für die Brandschutzertüchtigung eine Kostenberechnung vorliegt. Der verbleibende Betrag von 176.000 EUR betrifft den Umbau des Bürgerservice und war für den Haushalt 2018 bereits genehmigt, sodass die Begründung schlüssig ist.

Herr Quast betonte, dass aus Sicht der SPD-Fraktion hinsichtlich des überarbeiteten Brandschutzkonzeptes noch Fragen bestehen.

Die damalige FDL 9/10 hat dies so erläutert, dass das Brandschutzkonzept auf den Stand der Errichtung des Rathauses zurückgeht und damit Kosten gespart werden können. Jetzt liegt das Konzept vor und der Kostenrahmen wird erhöht. Deshalb wäre es gut hier nochmal die konkreten Änderungen darzulegen und wie sich diese kostenmäßig ausgewirkt haben. Hier schloss er sich Frau Leitterstorf an und meinte dies auf die beiden bereits genannten Punkte zurückführen zu können oder aber es bezieht sich in diesem Fall auf bestimmte Gewerke.

Herr Gleß erläuterte, dass ein aktuelles Brandschutzkonzept vorliegt und hier der Brandschutz nicht auf den Stand der Errichtung des Gebäudes zurückgeht, sondern es versetzt das Gebäude auf den aktuellen Stand des Brandschutzes. Dadurch ergeben sich natürlich höhere Kosten, als bei niederschwelligeren Brandschutzmaßnahmen aus den siebziger Jahren. Darüber hinaus hat die Planung ergeben, dass zwischen den einzelnen Brandabschnitten und Etagen die technischen Aufwendungen etwas höher sind. Es ist eine reine brandschutzrechtliche Sanierung auf der Grundlage eines aktuellen Brandschutzkonzeptes, was sich von dem deutlich unterscheidet was vor Jahren einmal beabsichtigt war.

Herr Piéla verwies in diesem Zusammenhang auf den Sachstandsbericht, wo weitere Erläuterungen zu finden sind.

Herr Weber wies darauf hin, dass es für Mitarbeiter und Besucher wichtig ist dass der Brandschutz auf dem neuesten Stand ist. Sollte es zu einem Vorfall kommen könnten höhere Regressansprüche gegenüber der Verwaltung geltend gemacht werden